

ZUR LAGE DER FRAUEN UND MÄDCHEN DER WELT

Frauen auf der Suche nach politischer Handlungsmacht

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre hat sich die Internationale Frauenbewegung auf „die Suche nach politischer Handlungsmacht als zivilgesellschaftliches Subjekt“¹ begeben. Ein unwiderruflicher Erfolg der Konferenzen dieser Zeit ist zu verzeichnen: In Zukunft wird aus internationalen Diskussionen, ob zur Nachhaltigkeit, zur Friedenspolitik, Kampf gegen die Armut u.ä., die Kategorie Geschlecht nicht mehr wegzudenken sein. Probleme wie „Feminisierung der Armut“, das Konzept des Gender-Mainstreaming werden nicht mehr nur in Frauengruppen wahrgenommen.

Für Frauen sind alle Länder Entwicklungsländer

Für Frauen sind alle Länder Entwicklungsländer. Nirgendwo sind Frauen den Männern rechtlich wirklich gleichgestellt.²

Frauen arbeiten länger als Männer. Sie halten das Haus in Ordnung und kümmern sich um die Kinder. Mehrarbeit und Vielseitigkeit der Frauen wird nirgendwo sozial oder finanziell anerkannt. Ihre Arbeit erscheint kaum in den Statistiken: Schätzungsweise ein Drittel aller Frauenarbeit wird offiziell nicht erfasst.³

Frauen produzieren mindestens die Hälfte aller Nahrungsmittel der Welt, meist in armen Agrarländern und für den Eigenbedarf ihrer Familien. In Afrika leisten sie 60 bis 80 Prozent aller Landarbeit.⁴

Familien und Haushalte werden meist von Frauen versorgt. Der größte Teil der Hausarbeit der Frauen entfällt auf die Kinderbetreuung; dadurch sind die Möglichkeiten, einer Lohnarbeit außer Haus nachzugehen, begrenzt. Nur in wenigen Ländern gibt es eine öffentliche Kinderbetreuung.⁵

Frauen haben weltweit einen Anteil von ungefähr einem Drittel der gesamten Lohnarbeit. Das Bild der Frauenarbeit, wie es die offiziellen Statistiken wiedergeben, ist jedoch unzuverlässig und unvollständig. Immer mehr Frauen gehen einer bezahlten Arbeit im sogenannten informellen Sektor nach, z.B. als Hausangestellte oder als Marktfrauen – solche Arbeiten werden häufig nicht berücksichtigt.⁶

Die Berufsskala für Frauen ist wesentlich kleiner als für Männer. Frauen werden oft schlecht bezahlte Arbeiten zugewiesen, ihnen werden Beförderungen verweigert und sie werden bei der Bezahlung diskriminiert. Ihre Arbeitsplätze sind schlechter geschützt und häufiger Teilzeitarbeitsplätze. Daher verdienen Frauen überall weniger als Männer.⁷

In der Dritten Welt bewegt sich ein riesiger Menschenstrom von den ländlichen Regionen in die Stadt. In manchen Ländern besteht er zum größten Teil aus Männern, die manchmal nie zurückkehren und zahllose verarmte und allein von Frauen ernährte Familien zurücklassen. In Lateinamerika und Teilen Asiens sind es überwiegend Frauen, die in den Städten Arbeit und ein neues Leben suchen.⁸

In einem Großteil der Welt bedeutet Eigentum überleben, und die Frauen haben nicht die gleichen Eigentumsrechte wie Männer. Sogar in Ländern, wo Frauen der Besitz von Produktivvermögen freisteht, besitzen sie wenig und kontrollieren noch weniger.⁹

Zwei Drittel der Analphabeten auf der Welt sind Frauen; in siebzehn Ländern sind über 90% aller Frauen Analphabeten. Das ist weitgehend eine Folge der Beschränkung der Frauen auf Haus und Familie und des weitverbreiteten Vorurteils gegen die Bildung von Mädchen.¹⁰

Die Mehrzahl der Flüchtlinge sind Frauen und ihre kleinen Kinder. Als Flüchtlinge gehören Frauen zu den ärmsten der Armen und können kaum etwas daran ändern: Sie haben im Allgemeinen kein Mitspracherecht bei der Verwaltung der Flüchtlingslager, geschweige denn in der internationalen Flüchtlingspolitik. Ohne Schutz durch Staat oder Familie sind weibliche Flüchtlinge ständiger Bedrohung ausgesetzt, insbesondere der Vergewaltigung.¹¹

Frauen besitzen und kontrollieren überall einen geringeren Anteil des Weltvermögens als

¹ Christa Wichterich: Global Sisterhood – Woman Time Go Come, Seite 124; in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 53: ununterbrochen – Frauenbewegung am Ende des 20. Jahrhunderts, Eigenverlag Köln 1999

² Zitat aus: Joni Seager, Ann Olson, Der Frauenatlas – Daten, Fakten und Informationen zur Lage der Frauen auf unserer Erde, 1986 Fischer Taschenbuch-Verlag GmbH, Frankfurt am Main, Seite 1. Die Zitate 3-12 entstammen der gleichen Quelle.

Männer. In den USA sind 78 Prozent aller Armen Frauen und Kinder unter 18 Jahren. Die Statistiken in aller Welt sprechen die gleiche Sprache: Unabhängig vom Maß der Armut setzt sich die arme Bevölkerung überall und in steigendem Maße aus Frauen und Kindern zusammen. Man spricht von Feminisierung der Armut.¹²

Von dieser düsteren Bestandsaufnahme der Lage der Frauen und Mädchen der Welt, die hier gezeichnet ist, sind wir nun, im Jahr 2002, zahlreiche Weltfrauen-Konferenzen, UN-Deklarationen und Netzwerk-Gründungen entfernt. Doch was hat sich seit Mitte der 1980er Jahre verändert, als Joni Saeger und Ann Olson in ihrem Frauenatlas diese Statistiken über die Situation der Frauen der Welt zu berichten wussten?

Nach der UN-Frauendekade von 1975 – 1985 hat es in der ersten Hälfte der neunziger Jahre eine Konferenzfolge der UN gegeben, in der die Internationale Frauenbewegung sich auf „die Suche nach politischer Handlungsmacht als zivilgesellschaftliches Subjekt“¹³ begeben hat (vgl. S. 6). Zumindest ein unwiderruflicher Erfolg ist aus dieser Zeit zu verzeichnen: In Zukunft wird aus internationalen Diskussionen, ob zur Nachhaltigkeit, zur Friedenspolitik, Kampf gegen die Armut u.ä., die Kategorie Geschlecht nicht mehr wegzudenken sein. Probleme wie „Feminisierung der Armut“ werden nicht mehr nur in Frauengruppen, sondern in vielen Nichtregierungsorganisationen wahrgenommen, das Konzept des Gender-Mainstreaming fand Eingang in die EU-Gesetzestexte und in der wissenschaftlichen und politischen Bewertung der Globalisierung wird auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels geachtet.

Unklar ist jedoch, ob nach dem 11. September 2001 diese Diskussionen nicht wieder an den Rand gedrängt werden. Zu beobachten ist seit dem Terroranschlag in New York eine „Maskulinisierung“ der politischen Bühne: Männer und Kriegsherren bestimmen weltweit die Szene im „Kampf gegen das Böse“ und diese scheren sich wenig um Nachhaltigkeit, Umweltprotokolle, Menschenrechtskonventionen und Gender-Mainstreaming. Gleichstellungs- wie auch Umweltpolitik werden oft-

¹³ Christa Wichterich: Global Sisterhood – Woman Time Go Come, Seite 124; in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 53: ununterbrochen – Frauenbewegung am Ende des 20. Jahrhunderts, Eigenverlag Köln 1999

KUNST IM KONTEXT DER UN-KONFERENZ FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG.

Visible Visions – Traum und Wirklichkeit.

Bilder der Alltagswirklichkeiten von Menschen – besonders von Frauen – finden nur selten Eingang in unsere Medienwelt. Ihre Aussagefähigkeit in Bezug auf universelle Fragestellungen wird dabei kaum beleuchtet. „Visible Visions“ zeigt solche Alltagsbilder. 20 Frauen, die rund um den Konferenzort in Johannesburg leben und die in der Regel keinen Zugang zu Medien haben, fotografierten ihre Umgebung. Sie zeigen, wie sie leben, wovon sie träumen und mit wem sie ihr Leben teilen.

Ihre Sichtweise der Dinge, festgehalten in Fotografien und Interviews, wurden von 11 Künstler/innen aus verschiedenen Regionen der Welt aufgegriffen, um auf individuelle Weise künstlerisch reflektiert zu werden.

Die dabei entstandenen Arbeiten, ob Bilder, Installationen oder Videoarbeiten, wurden im Rahmen der UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg präsentiert. Gäste bei der Ausstellungseröffnung waren auch Bärbel Höhn, Umweltministerin von Nordrhein-Westfalen und Traugott Schöffthaler, Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission.

Folgende Künstlerinnen und Künstler waren an dem Projekt beteiligt:

Bongi Dhlomo-Mautloa, Südafrika; Viga Cordilho, Brasilien; Moze Jacobs, Irland/Niederlande; Elisabeth Lumme, Deutschland; Milica Reinhart, Deutschland/Kroatien; Holger Schwetter, Deutschland; Helen Sebidi, Südafrika; Ilse Pahl, Südafrika; Ruth Seopedi Motali, Südafrika; Fikile Skosana, Südafrika; Marjan Verkerk, Niederlande.

„Visible Visions“ ist Teil einer längerfristigen Künstlerinnen-Kooperation zwischen NRW und der südafrikanischen Provinz Mpumalanga. Die Ausstellung wird demnächst im Frauenmuseum in Bonn zu sehen sein

Nähere Informationen: Exile – Kulturkoordination, Tina Jerman, Friederikenstr. 41, 45130 Essen, Tel: 0201-777176, Fax: 0201-779762, <http://www.exilekulturkoordination.de>

Die Bilder auf den folgenden Seiten zeigen die Künstlerinnen und Realisierungen dieses Projektes.

Evelin Kurs

Rückblick auf UN-Frauenaktivitäten, Beschlüsse und Konferenzen

- 1975** wurde von den Vereinten Nationen (VN) als Jahr der Frau ausgerufen, aus dem im Weiteren eine ganze Frauendekade unter dem Motto: Gleichberechtigung, Entwicklung, Frieden wurde.
Die **erste Welt-Frauenkonferenz in Mexiko City** stellte einen Weltaktionsplan zur Verbesserung der Situation der Frau auf.
Auch die Gründung des UN-Entwicklungsfonds UNIFEM war ein Ergebnis dieser Konferenz. Als „Lobby der Frauen“ bei den VN finanziert er sich durch freiwillige Beiträge von Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und nationalen UNIFEM-Komitees. Der Fonds bringt frauenspezifische Interessen in die Entwicklungsprogramme ein und überwacht ihre Berücksichtigung.
- 1979** am 18. Dezember wurde von der Generalversammlung der VN die **Antidiskriminierungs-Konvention** (Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women – CEDAW) angenommen. Sie ist völkerrechtlich seit 3. September 1981 in Kraft. Derzeit sind 166 Staaten Parteien dieser Konvention. Hauptziel ist die Beseitigung der Diskriminierung der Frau nicht nur de jure, sondern auch de facto in sämtlichen Lebensbereichen.
- 1980** findet die **2. Weltfrauen-Konferenz** in Kopenhagen statt, auf der ein Aktionsprogramm zu Beschäftigung, Gesundheit, Erziehung und Ausbildung entwickelt wird.
- 1985** Die **3. Weltfrauenkonferenz in Nairobi** endete mit der Selbstverpflichtung der Regierungen zur Wahrung der Rechte von Frauen in allen Politikfeldern. Zum ersten Mal in der Geschichte der internationalen Frauenbewegung bestimmten Frauen aus dem Süden die meisten Debatten.
- 1992** wurde auf der **Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung** in Rio de Janeiro die Agenda 21 beschlossen. Kapitel 24 enthält einen ‚globalen Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung‘. Besondere Beachtung finden hierbei die Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau.
- 1995** Die **4. Weltfrauenkonferenz in Peking** formulierte eine Arbeitsplattform zur Verwirklichung der vollen und gleichberechtigten Beteiligung der Frauen an den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Entscheidungsprozessen. Sie wurde von VertreterInnen aus 189 Staaten verabschiedet.
Ein Kapitel K widmet sich speziell dem Thema „Frau und Umwelt“.²⁰

²⁰ Zusammenstellung nach:
www.frauenundagenda21.nrw.de/themen/gleichstellung_sowie_gendermainstreaming_at

mals denunziert als Luxus, dem man sich in krisenfesten Zeiten widmen kann. Militärische Lösungen haben mehr denn je den Vorrang vor politischen und die Implementierung von UN-Beschlüssen wird immer schwieriger, ihre politische Wirksamkeit immer fragwürdiger.

Gender-Mainstreaming – ein Weg zu Partizipation und politischer Macht?

Auf der Weltfrauen-Konferenz in Nairobi wurde Gender-Mainstreaming erstmals auf exponierter politischer Ebene als Strategie vorgestellt. Die Gleichstellung von Frauen und Männern wurde dabei als Querschnittsaufgabe formuliert, die alle Politikfelder berührt.

Vorbereitet wurde diese Idee jedoch schon auf den vorherigen Weltfrauen-Konferenzen, sowie zahlreichen NRO-Foren und Kongressen der internationalen Frauenbewegung.

Ursprünglich wurde Gender-Mainstreaming als eine zentrale Strategie zur Erlangung politischer Mit-Macht und institutioneller Partizipation diskutiert: „raus aus der Frauenecke



Traugott Schöfthaler, Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission, im Gespräch mit den deutschen Künstlerinnen Elisabeth Lumme und Milica Reinhart (Projektleiterin) v.r.n.l.



Bärbel Höhn und Traugott Schöfthaler im Kreise der Künstler und Künstlerinnen

und Thematisierung der Frauenperspektive in allen politischen Ressorts (agenda setting)¹⁴

Beim Weltumweltgipfel in Rio 1992 machten die Frauen mit ihrem Positionspapier („Women’s Action Agenda 21“) deutlich, wie sie sich die kompetente, politische Einflussnahme und Artikulation ihrer geschlechtsspezifischen Interessen vorstellten. Drei Jahre später in Peking hieß es dann auch selbstbewusst: „Wir sind der Nukleus der globalen Zivilgesellschaft.“¹⁵

Die auf der Rio-Konferenz formulierte Agenda 21 enthält in ihrem Kapitel 24 „Globaler Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung“ wichtige Grundsätze, die durch die Überwindung von verfassungsrechtlichen, gesetzlichen, administrativen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hindernissen in den einzelnen Ländern ermöglichen sollen, Frauen an einer nachhaltigen Entwicklung und am öffentlichen Leben umfassend zu beteiligen.

Die Regierungen sollen den Frauenanteil bei „politischen Entscheidungsträgern, Planern, Fachberatern, Managern im Bereich

Umwelt und Entwicklung erhöhen (24.2.b). Damit dies erreicht wird, sind alle Politikbereiche zu überprüfen, und es müssen Pläne erarbeitet werden, um den Frauenanteil bei der Konzipierung, Überarbeitung und Umsetzung einer auf nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Politik und der entsprechenden Programme zu erhöhen (24.3.a).

Eine weitere Aufgabe sind Programme zur „Ausräumung hartnäckiger negativer Vorstellungen, Klischees, Einstellungen und Vorurteile in Bezug auf Frauen durch Herbeiführung eines Wandels in den Sozialisationsmustern, in den Medien, in der Werbung sowie im formalen und nonformalen Bildungswesen“ (24.3.i).

Regierungen sollen frauenrelevante Abkommen unterzeichnen; dafür sorgen, dass Gesetze eingehalten und Rechte beachtet werden und so auch mit juristischen Mitteln die volle und gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen in Sachen nachhaltiger Entwicklung stärken.

Ein weiterer Erfolg der Mainstreaming-Strategie ist die Verpflichtung der VN, in allen ihren Resolutionen die Geschlechterfrage zu berücksichtigen. Die Resolution des Sicherheitsrates der VN vom Oktober 2000 (1325/2000) zu „Frauen, Friede und Sicherheit“ ist ein Beispiel für Gender-Mainstreaming.

¹⁴ zitiert nach Wichterich. Seite 118;

¹⁵ zitiert nach Wichterich. Seite 119



Die Umweltministerin von NRW, Bärbel Höhn, im Gespräch mit einer der Künstlerinnen

ming in den UN-Resolutionen. Diese Resolution enthält u. a. folgende Feststellungen und Forderungen:

- Die wichtige Rolle von Frauen in der Verhinderung und Lösung von Konflikten sowie in der Friedensbildung wird bestätigt und die Notwendigkeit, Frauen gleichberechtigt und vermehrt in Führungspositionen in diese Prozesse einzubinden, wird betont.
- Die dringende Notwendigkeit des Gender-Mainstreaming in allen friedenserhaltenden Operationen und die Bedeutung des Gender Trainings für friedenserhaltendes Personal wird hervorgehoben.
- Die UN-Mitgliedstaaten werden aufgefordert, mehr Frauen in die Führungspositionen von nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Bewältigung und Lösung von Konflikten zu ernennen und Gender Trainings für militärisches und ziviles Personal der friedenserhaltenden Operationen durchzuführen bzw. diese Bemühungen finanziell, technisch oder logistisch zu unterstützen.¹⁶

Von der anfänglichen Idee, Gender-Mainstreaming als zivilgesellschaftliche Einmischung der Basis zu begreifen, ist heute jedoch nicht mehr viel übrig geblieben:

„Mainstreaming-Politik macht Professionalisierung und Institutionalisierung erforderlich. So verwundert es wenig, dass der Konferenzzyklus eine neue Expertinnenzunft von Profi-Lobbyistinnen erzeugte. Das wiederum trieb die innere Differenzierung und Hierarchisierung der internationalen Frauenbewegung voran, zwischen der Masse der Basis- und Öffentlichkeitsarbeiterinnen und der transnationalen Elite jetzender hochdotierter Polit-Profis, um nicht zu sagen: einer neuen Funktionärinnen-Klasse. Nicht-professionelle, strukturell und finanziell schwache NRO können bei diesem Prozess nicht mithalten. Das reflektierte sich deutlich bei den Bilanz-Veranstaltungen, die fünf Jahre nach Rio, nach Wien und nach Kairo stattfanden. Unter den Organisationen hatte eine Auslese stattgefunden: Nur noch größere, finanzstärkere NRO, überwiegend aus dem Norden, konferenz- und lobbyerfahren, traten zu dieser neuen Verhandlungsrunde an. Die Basisebene war nicht mehr vertreten.“¹⁷

Die Realisierung des Gender-Mainstreaming ist in der europäischen Union und seinen einzelnen Staaten zwar auf dem Papier sehr weit fortgeschritten. Fraglich ist, ob dieses Konzept des Gender-Mainstreaming mit der ursprünglichen Idee von Partizipation und Teilhabe an politischer Macht noch viel zu tun hat, erscheint es doch als eine Top-Down-Strategie in der politischen Verwaltung.

Auf der offiziellen Internet-Seite der Bundesregierung liest sich denn auch die Definition von Gender-Mainstreaming so:

- Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vorneherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt.
- Gender Mainstreaming ist damit ein Auftrag an die Spitze einer Verwaltung, einer Organisation, eines Unternehmens und an alle Beschäftigten, die unterschiedlichen Interessen und Lebenssituationen von Frauen und Männern in der Struktur, in der Gestaltung von Prozessen und Arbeitsabläufen, in den Ergebnissen und Produkten, in der

¹⁶ zitiert nach: www.gendermainstreaming.at

¹⁷ zitiert nach: Wichterich. Seite 121

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, in der Steuerung (Controlling) von vornherein zu berücksichtigen, um das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern effektiv verwirklichen zu können.¹⁸

Rechtliche Grundlage für die verbindliche Umsetzung des Mainstreaming-Ansatzes ist der Amsterdamer Vertrag, der am 1. Mai 1999 in Kraft trat und die Mitgliedstaaten zu einer aktiven Gleichstellungspolitik im Sinne des Gender-Mainstreaming verpflichtet

Die Bundesregierung hat mit dem Kabinettsbeschluss vom 23. Juni 1999 eine wichtige politische Voraussetzung für die Einführung des Gender-Mainstreaming geschaffen. In dem Beschluss erkennt das Bundeskabinett die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip der Bundesregierung an und bestimmt, diese Aufgabe mittels der Strategie des Gender-Mainstreaming zu fördern.

Auch in verschiedenen Bundesländern wurden ähnliche Kabinettsbeschlüsse getroffen, so z.B. in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg.

Während diese Kabinettsbeschlüsse eher Absichtserklärungen sind, wurde durch die Novellierung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien vom 26. Juli 2000 Gender-Mainstreaming rechtlich verankert. Der neue § 2 GGO stellt alle Ressorts der Bundesregierung vor die Aufgabe, den Mainstreaming-Ansatz bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen zu berücksichtigen.

Diese europarechtlichen und nationalen Regelungen bedeuten, dass Gleichstellungspolitik und Gender-Mainstreaming rechtlich – und nicht nur politisch – geboten sind. Das heißt, sie verlieren auch bei einem Wechsel an der Spitze von Verwaltung und Politik nicht ihre Gültigkeit.

Zur konkreten Durchführung des Gender-Mainstreamings wurden in verschiedenen Kommissionen und Ländern etwas unterschiedliche Methoden entwickelt, z.B. die Gleichstellungsprüfung der Europäischen Kommission, die 3R-Methode aus Schweden oder die 6-Schritte-Prüfung der deutschen

WissenschaftlerInnen Krell, Mückenberger und Tondorf.¹⁹

Die Leitfragen der 3R-Methode sind beispielsweise:

- Wie groß ist der Anteil von Frauen und Männern auf den jeweiligen Hierarchiestufen?
- Wie werden die verschiedenen Ressourcen zwischen Frauen und Männern verteilt?
- Warum ist die Situation so?

BefürworterInnen des Mainstreaming-Ansatzes halten diese Strategie für erfolgversprechender als vorhergehende Gleichstellungspolitiken, weil durch die rechtlich verbindliche Selbstverpflichtung der Regierungen Ressourcen und Gelder an die Beachtung der Prinzipien des Gender-Mainstreamings gebunden sind.

Im Klartext: Ein Projekt, eine Kommission etc. bekommt nur Geld, wenn die Gleichstellung der Geschlechter beachtet wird. Dazu gibt es Berichtspflichten und Kontrollen. Die Realpolitik in Europa muss also in Zukunft „gegendert“ sein. Ein Erfolg zweifellos!

Aber was ist von den Visionen der Frauen in Peking geblieben? Von der Forderung nach Partizipation an der Macht ist die Verpflichtung der Macht-TrägerInnen geworden, die Interessen (auch) der Frauen zu beachten. Wenn da nicht manches Mal der Bock zum Gärtner gemacht wird!

Soll diese Strategie jedoch trotzdem langfristig zu mehr Partizipation der Frauen und Geschlechtergerechtigkeit führen, müssen erstens die Akteure und Akteurinnen Kompetenzen zur Gender-Perspektive erwerben und zweitens das Wissen über die gesellschaftliche Konstruktion von Gender verbreitet werden. Das heißt es muss nicht nur ausgebildete ExpertInnen für Gender-Mainstreaming geben, die Gender Trainings etc. durchführen können, sondern auch Ausbildungsgänge mit Schwerpunkt Frauen- bzw. Genderstudien. In den Lehrplänen der Schulen sollte viel mehr als heute üblich die Geschlechterfrage thematisiert werden und Ergebnisse der Gender-Forschung Eingang finden.

*Angela Kemper
Oberstufen-Kolleg
Bielefeld*

¹⁸ zitiert nach: www.gender-mainstreaming.net/servlet/ShowContent?contentID=696627

¹⁹ zitiert nach: www.gender-mainstreaming.net/servlet/ShowContent?contentID=696627